

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

1-2/2018

Januar/Februar 2018

Kampf gegen die Diskriminierung von Minderheiten

Der Kampf für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution erfordert der Politik des deutschen Imperialismus von „Teile und Herrsche“ auf allen Gebieten prinzipienfest und gut informiert entgegen zu treten. Das gilt gerade für jene Gruppen, die vor knapp 80 Jahren dem Vernichtungsprogramm der Nazis ausgesetzt waren, die jüdische Bevölkerung, die Sinti und Roma und die als „lebensunwertes Leben“ diffamierten Menschen. Dieser Kampf erfordert die Ideologie des weißen Herrenmenschen und die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten zu bekämpfen. Verstärkt werden muss auch der Kampf gegen das mörderische Programm des deutschen Staates gegen Geflüchtete und die Feindschaft gegen die muslimische Bevölkerung.

Die Judenfeindschaft bekämpfen

Die Judenfeindschaft in Deutschland hat eine viele Jahrhunderte alte Tradition, ist tief als negatives Erbe in der Geschichte verwurzelt und reicht bis in die Reihen der Bewegung der proletarischen Klasse.

Fünf Stränge judenfeindlicher Argumentation, die bis heute mehr oder weniger immer noch Teil der Judenfeindschaft in Deutschland sind, zeigen dies überdeutlich:

Im Kern waren es zunächst vor allem religiös formulierte Vorwände: die Juden seien „schuld“ am Tod von Jesus Christus und „Werkzeuge des Teufels“. Sie wollten die Christenheit vernichten usw.

Hinzu kam die sozial argumentierende Begründung der Judenfeindschaft unter der Flagge, dass die Juden Wucher betreiben und die arme Bevölkerung ausbeuten würden.

Ein dritter Strang, um die Feindschaft gegen Juden zu schüren, bestand und besteht in ihrer Diffamierung: Juden seien Fremde, gehörten nicht zur Bevölkerung,

würden im Kriegsfall ohne Skrupel spionieren usw. Schon Martin Luther, einer der größten Judenfeinde seiner Zeit, hat gerade auch diesen Strang in seinen judenfeindlichen Schriften und Reden immer und immer wieder propagiert.

Ein vierter Strang betreibt Judenfeindschaft mit einer biologistisch-rassistischen Argumentation von der vermeintlichen Andersartigkeit der Juden, die nicht zu ändern sei. Ob getauft oder nicht, ob reich oder arm, ob als Soldat gedient oder nicht – das alles sei einerlei. „In der Rasse liegt die Schweinerei“, so brachten es dann die Nazis in Deutschland auf den rassistischen Punkt.

Ein fünfter Strang besteht in der Konstruktion einer angeblich vorhandenen oder angestrebten Weltherrschaft der Juden. Dieses Konstrukt wurde und wird von den Judenfeinden in den letzten 100 Jahren sehr oft favorisiert.

Die Judenfeindschaft war die Ideologie, die in der Praxis der Nazidiktatur zum industriell und staatlich durchorganisierten Genozid an 6 Millionen Juden und Jüdinnen, vom Säugling bis zum Greis, beigetragen hat.

Dieser Genozid wurde von den Nazis systematisch durch eine schrittweise Verschärfung und Ausdehnung der judenfeindlichen Hetze und des judenfeindlichen Mordterrors vorbereitet. Kenntnis der Geschichte der Judenfeindschaft während des Nazifaschismus und die Aufklärung darüber sind eine ständige Aufgabe im heutigen Kampf gegen Judenfeindschaft.

Judenfeindschaft existierte auch in Westdeutschland von Anbeginn an und existiert heute in Deutschland in vielerlei Formen und Abstufungen: von judenfeindlicher Propaganda und judenfeindlichen Hetzkampagnen über Brandanschläge gegen jüdische Einrichtungen wie Synagogen, die Schändung von jüdischen Friedhöfen bis zu öffentlichen Mordaufrufen gegen jüdische Menschen, direkten Angriffen auf jüdische Menschen sowie Nazimorden an jüdischen Menschen.

Nach 1945 kamen in Westdeutschland zwei weitere Stränge der Judenfeindschaft hinzu. Der erste Strang war die Judenfeindschaft „wegen Auschwitz“ und der zweite, damit eng zusammenhängende Strang, die Judenfeindschaft „wegen Israel“. „Der Jude stört“, das war das Credo der Judenfeindschaft nach Auschwitz wegen Auschwitz. Die Erinnerung an diese massenmörderische Tat Nazi-Deutschlands, die bereits mit der bloßen Existenz überlebender Juden gegeben ist, stört eben die Reinwaschung des deutschen Imperialismus von seinen Naziverbrechen, von seiner „geschichtlichen Hypothek“. Die Judenfeindschaft „wegen Israel“ verweist auf die „Macht der Juden“, die die Judenfeinde insbesondere in der Existenz des Staats Israel verkörpert sehen, der angeblich weltweit „sein Unwesen treibe“ und das angebliche „Weltherrschaftsstreben der Juden“ beweise.

Die Judenfeindschaft bedroht unmittelbar die jüdische Bevölkerung in Deutschland und birgt die Gefahr von Pogromen in sich.

Daher müssen kommunistische Kräfte den verschärften Kampf gegen die Judenfeindschaft in all seinen Formen führen und die jüdische Bevölkerung in Deutschland in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Verfolgung solidarisch unterstützen und die Geschichte ihres Kampfes propagieren.

Denn wie Stalin bereits 1931 zu Recht feststellte, müssen „die Kommunisten als konsequente Internationalisten unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus“ sein, wobei er dar-

auf verwies, dass in der UdSSR für aktive Judenfeinde die Todesstrafe gilt. (Siehe Stalin, „Über den Antisemitismus“, 1931, Werke Band 13, S. 26)

Dabei gilt es gerade auch innerhalb der Bewegung der proletarischen Klasse, keinerlei Zugeständnisse an pseudolinke, in Wirklichkeit judenfeindliche Auffassungen zu machen, wie etwa die Lüge, dass die Judenfeindschaft angeblich „antikapitalistische Elemente“ habe. Schon Engels hat diese zutiefst reaktionäre Vorstellung bekämpft:

„Der Antisemitismus (...) dient daher nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel.“

(Engels, „Über den Antisemitismus“, 1890, Marx/Engels Werke, Band 22, S. 50)

In der Tradition von Marx und Engels muss der Judenfeindschaft als einer durch und durch reaktionären Erscheinung der Ausbeuterordnung unbarmherzig und vollständig der Krieg erklärt werden.

Dabei müssen in der Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus, des Kampfs von Marx und Engels, aber gerade auch des wichtigen Kampfs von Lenin, Stalin und der Kommunistischen Internationale, die Geschichte der Bewegung der proletarischen Klasse, ihr Kampf zur Verteidigung der jüdischen Bevölkerung gegen die Angriffe der Judenfeinde zur Zeit von Marx und Engels sowie die oft in der Hölle der KZs gemachten Anstrengungen der Genossinnen und Genossen der KPD zum Schutz und zur Verteidigung der von Judenfeindschaft direkt Betroffenen propagiert werden. Aber es müssen auch die Unterlassungen und Fehler der kommunistischen Kräfte, insbesondere auch der KPD, ihrer Führung und ihrer Kader auf theoretischem, propagandistischem und direkt praktischem Gebiet selbstkritisch erkannt, aufgedeckt und analysiert werden, um bewusst aus diesen Kämpfen wirklich für heute lernen zu können.

Die Feindschaft gegen Sinti und Roma bekämpfen

Kaum eine Minderheit wird von den reaktionären bürgerlichen Medien und Politikern so verhetzend dargestellt und diskriminiert, von staatlichen Behörden so unterdrückt oder verfolgt und auch von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung so verachtet wie die Sinti und Roma.

Es ist eine Aufgabe unseres demokratischen Selbstverständnisses und des proletarischen Internationalismus, ganz praktisch mit den Sinti und Roma im Kampf solidarisch zu sein, aber auch tiefer den

Zusammenhang zwischen Rassismus, Judenfeindschaft und Antiziganismus mit der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie zu verstehen und aufzuzeigen.

Es ist ebenso eine Aufgabe, die geschichtlichen Besonderheiten, die bisherige Einmaligkeit des Genozids der Nazis an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma in den richtigen Zusammenhang zu stellen sowie aktuell den Kampf für die berechtigten demokratischen Forderungen der deutschen Sinti und Roma und vor allem den Kampf gegen die Abschiebungen von Roma aus Osteuropa zu unterstützen. Die tiefere Bedeutung der aktuellen Dringlichkeit dieser praktischen Solidarität wird im Grunde nur deutlich, wenn wir die Nazi-verbrechen gegen die Sinti und Roma in den Mittelpunkt stellen.

Ähnlich wie die Feindschaft gegen die Juden hat die Feindschaft gegen die als Zigeuner bezeichneten Sinti und Roma eine lange Vorgeschichte, die sich darin wie ein Brennpunkt konzentriert, dass Martin Luther in seiner wichtigsten judenfeindlichen Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ (1543) ausdrücklich forderte, man solle die Juden behandeln „wie die Zigeuner.“ Die Verfolgung in den Gebieten des späteren Deutschland war umfassend und endete auch nicht mit der Gründung des „Deutschen Reichs“ 1871 und der Weimarer Republik 1918. Seit dieser Zeitspanne gab es eigene Behörden zur Registrierung, Verfolgung und Abschiebung von Sinti und Roma. Auch die soziale Diskriminierung war alltäglich. Der Nazistaat konnte all diese Institutionen übernehmen, um seinen Terror gegen die Sinti und Roma bis zum Genozid an 500.000 Sinti und Roma in Europa zu steigern.

Obwohl auch schon in den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46 eindeutige Dokumente vorgelegt wurden, die belegten, dass die Erschießungskommandos der Nazis sowie ihre Mordmaschinerie überhaupt keinen Unterschied zwischen Juden und Sinti und Roma machte, war die Bedeutung des Genozid an den Sinti und Roma viele Jahrzehnte nicht im Bewusstsein der Öffentlichkeit und auch nicht wirklich im Bewusstsein der kommunistischen Kräfte. Entsprechend wurden auch Fragen der Entschädigung anders behandelt: Es gab sie nicht einmal in Ansätzen. Die sogenannten Zigeunerspezialisten der Nazizeit arbeiteten nach 1945 weiter und nutzten die alten Karteien, als wäre nichts gewesen.

Die für die Erfassung, Verschleppung und Ermordung der Sinti und Roma verantwortlichen Nazis wurden bis auf wenige Ausnahmen überhaupt nicht gerichtlich belangt, befanden sich auf freiem Fuß. Erst der Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma ist Anfang der 1980er Jahre in zäher Arbeit mit Hungerstreiks, Demonstrationen und Kampagnen ein erster Einbruch in die Front des Verschweigens gelungen, zum Beispiel durch Kämpfe der Sinti- und Roma-Gruppen gegen Abschiebung und Diskriminierung und die Besetzung der Gedenkstätten Neuengamme und Dachau in dieser Zeit. Unsere Solidarität umfasst sowohl die Sinti und Roma, die deutsche Staatsbürger sind, als auch jene Roma, die als Migrantinnen und Migranten seit Jahrzehnten in Deutschland leben, und jene Roma, die in den letzten Jahren aus berechtigter Angst vor Pogromen und tagtäglichem Diskriminierung aus den verschiedenen osteuropäischen und anderen Ländern als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind und gegen ihre drohende Abschiebung kämpfen.

Der staatliche Antiziganismus heute richtet sich insbesondere gegen diese Roma-Flüchtlinge. Sie werden von der deutschen Polizei terrorisiert, sind ständig der Gefahr der Abschiebung durch den deutschen Staat ausgesetzt und erhalten in über 95 Prozent der Fälle kein politisches Asyl.

Die Hetze der Politiker und Massenmedien, die oftmals der Hetze im Nazifaschismus in nichts nachsteht, hat sich schon tiefgehend innerhalb der proletarischen Klasse und der anderen ausgebeuteten und werktätigen Bevölkerung festgesetzt, führt zu nationalistischen, rassistischen Überfällen und Misshandlungen. Die reaktionären Maßnahmen des Staates der deutschen Imperialisten breiten sich aus.

Nach Angaben des Zentralrats der deutschen Sinti und Roma leben heute schätzungsweise 90.000 Sinti und Roma in Deutschland – etwa 30.000 deutsche Sinti und Roma sowie 60.000 aus Osteuropa geflohene Roma. Sie leiden immer noch unter einer allgegenwärtigen Diskriminierung, unter Anfeindungen, Hetze, Verfolgung und Ausgrenzung, ungeachtet des Genozids der Nazis an den Sinti und Roma in Europa.

Ob in den Medien oder in den Universitäten, ob bei der Polizei oder beim Ordnungsamt, ob in deutschen Gerichtsstuben oder beim Bademeister im Schwimmbad:

Der Antiziganismus ist virulent. So ist es ein bezeichnendes Detail, dass sich bis in die 1980er Jahre nahezu keiner der bürgerlichen Professoren an den deutschen Universitäten mit dem Genozid an den Sinti und Roma auseinandersetzte. Immer wieder stößt man in bürgerlichen Medien, Zeitungen und Fernsehen auf unerträgliche Hetze gegen „die Zigeuner“.

Der Antiziganismus wurde über Jahrhunderte in Romanen und Märchen immer wieder belebt. Er fand und findet bis heute in Schulbüchern und Nachschlagewerken seinen Niederschlag. Daran hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert, auch wenn der Form halber seit einigen Jahren manchmal nicht mehr von „Zigeunern“, sondern von Sinti und Roma die Rede ist.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich, dass trotz des Genozids der Nazis an den Sinti und Roma der Antiziganismus in der Bevölkerung auch heute noch sehr lebendig ist.

Gerade heute ist das Verhältnis zu der gehetzten und verfolgten Minderheit der Sinti und Roma ein Prüfstein für die Ehrlichkeit im Kampf für die demokratische Gleichberechtigung. Die kommunistischen Kräfte kämpfen Seite an Seite mit den Sinti und Roma gegen den staatlichen Abschiebeterror gegen Roma aus Osteuropa, gegen jegliche Diskriminierung und jeglichen Naziterror, gegen die Ideologie des Antiziganismus in all ihren Formen, für die maximale Entschädigung der Naziverbrechen und für alle gerechten Forderungen der Sinti und Roma. Dieser Kampf muss anknüpfen an den gemeinsamen Kampf der Genossinnen und Genossen der KPD mit den Sinti und Roma in den KZs der Nazis, wobei es auch das Verhalten der KPD gegenüber den Sinti und Roma kritisch und selbstkritisch auszuwerten gilt.

Die mörderische Ideologie und Praxis vom „lebensunwerten Leben“

Die Diskriminierung von Menschen, die als „lebensunwert“ eingestuft werden, hat in Deutschland eine mörderische, eine massenmörderische Geschichte, über die aufgeklärt werden muss.

Die Nazis haben die verbrecherische Praxis der Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens in die Tat und im Massenumfang umgesetzt.

Ideologische Grundlage der Naziideologie war eine Kombination aus Nazirassis-

mus und der reaktionären Ideologie vom „lebensunwerten Leben“ auf der Basis der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie.

Anknüpfungspunkte und ideologische Vorläufer fanden die Nazis in der europäischen Geschichte (etwa Platon, der empfahl, behinderte Babys „an einem unbekanntem Ort zu verbergen“, oder Aristoteles, der forderte, man solle „verkrüppelte“ Neugeborene gar nicht erst aufziehen). Sie fanden sie aber vor allem auch in der deutschen Geschichte. Im 16. Jahrhundert war es Martin Luther, der behauptete, dass der „Satan“ Kinder mit Behinderungen in die Wiege legen würde. Im 19. Jahrhundert war es der reaktionäre Philosoph Friedrich Nietzsche, der Kranke als „Parasiten“ bezeichnete und den Begriff „entartetes Leben“ prägte.

In der Weimarer Zeit wurde in diversen Instituten der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ „Rassenforschung“ und „Eugenik“ betrieben. Es erschienen schon 1921/22 rassistische Standardwerke wie die von Hans Friedrich und Karl Günther oder von Eugen Fischer und Fritz Lenz, auf deren Ideen Hitler in seinem Machwerk „Mein Kampf“ zurückgriff. Die Nazis zitierten auch nach 1933 bei den Kommentierungen ihrer rassistischen Gesetze aus diesen „Werken“.

Während der Weimarer Republik lebten Hunderttausende als „Behinderte“ eingestufte Menschen zumeist in staatlichen Anstalten und wurden in einer „Kartei der Minderwertigen“ erfasst. 1932 legte der deutsche Staat einen Gesetzentwurf zur freiwilligen Sterilisierung der rassistisch als sogenannte „Erbkranke“ eingestuften Menschen vor, der 1933 unter den Nazis leicht verändert als Gesetz zur „Zwangsterilisation erbkranker Menschen“ verabschiedet wurde.

Die Nazis trieben diese rassistische Politik auf die Spitze mit ihrem Programm der Aufzucht eines „nordisch-arischen deutschen Volkes“. Bereits in „Mein Kampf“ entwickelte Hitler ein umfassendes Programm zur „Rassenzüchtung“. Dieses „arische Idealbild“ erforderte auf der anderen Seite die systematische massenhafte Zwangsterilisierung und Ermordung von allen als „undeutsch“, nicht „erbgesund“ und damit als „nicht lebenswert“, nicht brauchbar, als „asozial“ Diffamierten. Dabei ging es nicht allein um „negative“ Ausschlusskriterien. Vielmehr ging es um eine Konzeption, wie „der deutsche Mensch“, „der deutsche Mann“ und „die deutsche Frau“ auf „rassischer“ Grundlage eigentlich zu sein habe. Die Nazis

schmeichelten den „arischen Deutschen“ und privilegierten und korrumpierten sie gegenüber allen „Lebensunwerten“ und „Fremdrassigen“. Es gelang ihnen so, Millionen deutsche Werktätige an sich und ihre Verbrechen zu binden. Die Konstruktion einer „arischen Rasse“, die Theorie vom „deutschen Blut“ sollte den rückständig gehaltenen Massen vorgaukeln, dass sie etwas Besseres und zu Höherem berufen seien.

Für all jene, die von den Nazis als „lebensunwert“ eingestuft wurden, begann nach 1933 das Morden. Insgesamt haben die Nazis in Deutschland und den besetzten Ländern zwischen 200.000 und 270.000 Opfer ermordet. Die Aufklärung über diese Naziverbrechen ist eine zentrale Aufgabe im heutigen Kampf gegen die Ideologie und Praxis vom „lebensunwerten Leben“.

Es gehört zur ungebrochenen Tradition des deutschen Imperialismus, dass nach 1945 in Westdeutschland kein einziger der Nazimörder, die an den „Euthanasie“-Verbrechen direkt oder indirekt beteiligt waren, zur Rechenschaft gezogen wurde. Im Gegenteil, viele von ihnen nutzten die „Berufserfahrung im Dritten Reich“ und machten Karriere an den Universitäten oder in staatlichen und privaten Forschungsanstalten. So wurde die Humanogenetik in den 1950er und 1960er Jahren maßgeblich von dem „Euthanasie“-Mörder Otmar von Verschuer entwickelt und institutionalisiert.

Die überlebenden Opfer wurden erneut diskriminiert und jegliche wirkliche, auch nur annähernd angemessene Entschädigung vom Staat des westdeutschen bzw. deutschen Imperialismus wurde und wird bis heute verweigert.

All jene, die für die Kapitalisten nicht „verwertbar“ oder „rentabel“ sind – seien es alte oder schwer kranke Menschen – wurden auch nach 1945 und werden im heutigen Deutschland einer vielfältigen Diskriminierung und Abwertung ausgesetzt.

Bekannt sind die Zahlen von schlecht und sogar unterernährten Alten und Kranken, die in Pflegeheimen von völlig überforderten, unterbezahlten und schlecht ausgebildeten Pflegekräften versorgt werden. Alltägliche Diskriminierung bis hin zum Mord an Säuglingen mit Behinderungen, an Kranken oder Alten, die von Ärzten oder dem Pflegepersonal „liegen gelassen“ werden, sind auch heute im Alltag nicht ausgeschlossen. „Behinderten“ werden staatliche Leistungen gekürzt

oder verweigert. Mehrere Millionen kranke Menschen und Menschen mit Behinderungen sind in Deutschland auf Sozialhilfe angewiesen.

Mit zunehmender Verrohung wird öffentlich darüber diskutiert, ob sich diese oder jene Therapie für diese oder jene Patientengruppe überhaupt noch lohnt. Reaktionäre Humangenetiker diskutieren, was lebenswertes und lebensunwertes Leben sei, reaktionäre Philosophen wie etwa Peter Sloterdijk schwadronieren von „pränataler Selektion“.

Heutige Diskussionen geben auch vor, dass es um ein „humanes Sterben“ gehe. Sinn und Zweck ist es jedoch, eine juristische Handhabe zu schaffen, die hilft, durch „sozialverträgliches Frühableben“ den „Kranken- und Altenberg“ „abzubauen“! Getarnt wird das alles durch die Formel vom „selbstbestimmten Sterben“, lediglich einer anderen Variante der pseudohumanen Naziideologie vom „Gnadedentod“.

Insbesondere seit den 1990er Jahren sind Menschen mit Behinderungen immer wieder Ziel von Naziterror auf der Straße. Bekannt sind nazistische Pöbeleien, Verprügeln bis zu Brandanschlägen und Morden.

Die „deutschen Zustände“ für Menschen, die oftmals diskriminierend als „Behinderte“ eingestuft werden oder die schwer krank sind, sind geprägt von gesellschaftlicher und staatlicher Diskriminierung und nazistischem Terror, von teilweise unmenschlichen Lebens- und Behandlungsbedingungen bis hin zum Mord an schwer Kranken und an Säuglingen mit Behinderungen in Krankenhäusern.

In diesem Klima ist zunehmend festzustellen, dass diese Verrohung sich mehr und mehr in den Köpfen der Bevölkerung festsetzt. In Umfragen bejahen jedes Jahr mehr Befragte Aussagen wie etwa „Solidarität und Mitgefühl mit Schwachen bedroht meinen Lebensstandard“ oder „Menschen, die nicht nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten“. Es werden „Witze“ gemacht, die „Behinderte“ abwerten und verächtlich machen. Jugendliche beschimpfen sich gegenseitig als „Behinderte“ oder als „Spastis“.

Die kommunistischen Kräfte kämpfen Seite an Seite mit den von der Ideologie des „lebensunwerten Lebens“ bedrohten Menschen, gegen jegliche Diskriminierung, gegen Naziterror, gegen die Ideologie vom „lebensunwerten Lebens“ in all ihren Formen, für die maximale Entschädigung der Naziverbrechen und für alle gerechten Forderungen der Naziopfer.

Kampf gegen den Kolonialrassismus und die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“

Auch in Deutschland entwickelte sich ein kolonialistisch begründeter Rassismus – in Verbindung mit dem allgemeinen kolonialistisch-europäischen Rassismus. Es ging konkret um die Rechtfertigung der kolonialistischen Verbrechen gegen China einerseits (1900) und in den vom deutschen Imperialismus kolonialisierten Gebieten in Afrika andererseits. Es entstand die Parole von der „gelben Gefahr“ und das tausendfach propagierte Bild von der Gefahr des „schwarzen Manns“.

Die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“ ist der eigentliche Kontrast zu allen anderen Menschen auf der Welt. Hinzukommt eine pseudowissenschaftliche biologistische Rassentheorie als Rechtfertigung einer Hierarchie angeblicher menschlicher Rassen mit der sogenannten „weißen Rasse“ an der Spitze. Dass die Hautfarbe, die Schädelform und ähnliche körperliche Merkmale irgendeine Rolle spielen, ist von einer Absurdität, die die Rassisten durch ein Geflecht von Verdächtigungen, Vermutungen und Behauptungen plausibel zu machen versuchen. Entscheidend aber ist, dass es sich um ein vom Kindergarten an adressiertes Bild vom „weißen Herrenmenschen“ handelt, das in Kinderbüchern, in Comics und in der Literatur millionenfache Verbreitung gefunden hat und so fest verankert wurde. In der Werbung, in „Witzen“ und mit Alltagssprüchen werden tagtäglich Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe beleidigt und gedemütigt.

Die „nichtweiße“ Hautfarbe bietet dabei ein besonderes deutlich sichtbares äußeres Merkmal für brutalisierte, an den eigenen Ausbeutern und Unterdrückern klebende rassistisch verhetzte Massen.

Anders formuliert: Wäre da nicht der geschichtliche Hintergrund des europäisch-chauvinistischen Kolonialismus und seiner spezifisch deutschen Ausformung, wäre da nicht die aktuell sichtbare, jederzeitige Abrufbarkeit tiefsitzender rassistischer Stereotype, man könnte den „weißen“ Rassismus eigentlich als den allerprimitivsten Aberglauben abtun und ignorieren.

Im Kampf gegen diesen Rassismus muss über die geschichtlichen Etappen aufgeklärt werden.

Eine Welle des „weißen Herrenmenschen“-Rassismus ging einher mit einem brutalen

Ausbeutungs- und Unterdrückungsregime Anfang des 20. Jahrhunderts in Teilen von Afrika. Es wurde ein Regime errichtet und öffentlich legitimiert, in dem die afrikanischen Einwohner als Untermenschen dargestellt, die Prügelstrafe systematisch eingesetzt und brutalste Ausbeutungsmethoden der Sklaverei angewandt wurden. Dies setzte sich fort in Strafexpeditionen bis hin zum Genozid an den Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ (das heutige Namibia) sowie in der Ermordung von weit über Hunderttausend Menschen bei der Niederschlagung von Aufständen in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Ostafrika“ (das heutige Gebiet mit den Staaten Tansania, Burundi und Ruanda sowie einem kleinen Teil von Mosambik).

Parallel dazu wurde eine Propaganda der kolonialen Eroberung betrieben, wodurch der angebliche Anspruch Deutschlands auf einen „Platz an der Sonne“ proklamiert wurde, niedergeschrieben in zahllosen „Safari“- und Kolonialromanen, in der Literatur von Wilhelm Busch bis Karl May, pseudowissenschaftlich begründet in Traktaten der „Rassentheoretiker“. Die deutsche „Herrenmenschen“-Ideologie präsentierte Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe als minderwertig, primitiv, bestenfalls zivilisationsbedürftig. So wurden Menschen aus Afrika sogar in Tierparks zur Schau gestellt – so zum Beispiel im Zoo Hagenbeck in Hamburg.

Während des Ersten Weltkriegs kämpften rund 170.000 Afrikaner aus den französischen Kolonien aufseiten Frankreichs sowie rund 50.000 Afroamerikaner in der US-Armee gegen Deutschland. Die deutschen Imperialisten mobilisierten im Kampf gegen das „verniggerte Frankreich“ als Kolonialmacht die deutsche „Herrenmenschen“-Ideologie und erklärten es quasi zum „Tabubruch“, dass der sozusagen „häusliche Streit unter Weißen“ mit Hilfe von Soldaten mit „nichtweißer“ Hautfarbe ausgetragen wird. Denn diese würden so ja nur sehen und begreifen, wie zerstritten und verwundbar ihre „weißen Herren“ seien.

Hinzu kam das Schlagwort von der „schwarzen Schmach“, womit die für deutsche „Herrenmenschen“ ungeheuerliche Tatsache verbunden war, dass auch Soldaten mit „nichtweißer“ Hautfarbe aus der belgischen und vor allem französischen Armee (häufig aus den Kolonien rekrutiert) in den 1920er Jahren zunächst das Rheinland und später auch das Ruhrgebiet entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrags besetzten.

Nach Errichtung der nazifaschistischen Diktatur 1933 waren Menschen, die von den Nazis als „nichtweiß“ definiert wurden, sehr bedrückenden Lebensbedingungen ausgesetzt. Dies reichte von der Diskriminierung bis zum Mord. Auch über diese Verbrechen der Nazis gilt es aufzuklären.

Nach 1945 mobilisierte der deutsche Imperialismus die deutsche „Herrenmenschen“-Mentalität erneut und benutzte im Kampf gegen das Potsdamer Abkommen und die alliierten Besatzungsmächte geschickt vor allem das Bild vom „schwarzen GI“, der „deutsche Frauen“ verführt, wobei die „Besatzungskinder“ gesellschaftlich geächtet und diskriminiert wurden. Das „Problem der Negermischlinge“ – das war der offizielle Sprachgebrauch selbst in der offiziellen Politik. Seit der Einverleibung der DDR 1990 verschärfte sich dieser Rassismus vor allem durch Nazi-Gruppen, die Pogrome organisierten und Morde vor allem an Menschen aus Angola und Mozambique begingen. Seitdem reißen Überfälle, Mordversuche und Morde durch Nazis nicht mehr ab.

Seitens des deutschen Staatsapparats manifestiert sich die deutsche „Herrenmenschen“-Mentalität vor allem in der alltäglichen Gängelei, Diskriminierung und Beschimpfung von Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe durch rassistische Beamte auf Ämtern und Behörden, durch Polizisten, Richter und Staatsanwälte. Dies ging bis zur Tötung in „Polizeigewahrsam“. Es gibt immer wieder Polizeikontrollen nach rassistischem Muster aufgrund von Haut- oder Haarfarbe, die sich, zum Beispiel geschehen in Hamburg im Juli 2013, gegen Flüchtlinge aus Afrika richten. Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe sind häufig Opfer von rassistischen Verdächtigungen, Beschimpfungen, Misshandlungen und Übergriffen durch die Polizei.

Die kommunistischen Kräfte kämpfen Seite an Seite mit allen von Rassismus bedrohten und diskriminierten Menschen, gegen jegliche Diskriminierung und gegen den Naziterror, gegen die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“, gegen den deutschen Rassismus in all seinen Formen.

Kampf gegen Diskriminierung und Unterdrückung von Migrantinnen und Migranten

Der deutsche Imperialismus kann bei der Diskriminierung und Unterdrückung von

Migrantinnen und Migranten auf eine lange Tradition der Ausbeutung und Unterdrückung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern, von „Fremdarbeitern“, „Ostarbeitern“ usw. zurückgreifen. Er hat sein Handwerk unter dem Motto „Teile und herrsche“ gründlich gelernt. Diese Tradition fand in der Nazizeit ihren mörderischen Höhepunkt.

Das nazifaschistische Regime des deutschen Imperialismus war nicht nur ein Mordregime, sondern es war auch durch Raubmord und räuberische Ausbeutung gekennzeichnet. Neben den in die Billionen gehenden Schäden, die der deutsche Imperialismus anderen Ländern durch Zerstörungen materiell zugefügt hat, trat die direkte Plünderung, der Raub und die millionenfache, mit Sklavenarbeit teils noch verharmlosend gekennzeichnete Auspressung der Arbeitskraft Dutzender Millionen von Menschen aus den von den Nazis besetzten Ländern, sowohl für den Krieg des Nazifaschismus als auch zur Anhäufung von Reichtümern.

Der westdeutsche bzw. deutsche Imperialismus warb ab den 1960er Jahren mal offen Arbeitskräfte aus anderen Ländern an, spielte Arbeitssuchende aus der einen Region gegen jene aus einer anderen aus und propagierte auf der anderen Seite, dass „das Boot voll“ sei, um Pogromstimmungen zu erzeugen, um dann wieder lauthals die Notwendigkeit eines erneuten Zustroms von neuen „billigen Arbeitskräften“ zu verkünden.

In den 1960er Jahren kamen Arbeiter aus den sogenannten Anwerbeländern, vor allem aus Jugoslawien, Griechenland, der Türkei, Italien, Portugal und Spanien, in großer Zahl nach Westdeutschland (in die DDR besonders aus Vietnam und Mozambique). Im Jahr 1965 gab es bereits über 1,2 Millionen Werktätige aus anderen Ländern (davon fast 400.000 aus Italien). 1969 waren es 1,5 Millionen. 1973 gab es 2,6 Millionen Werktätige aus anderen Herkunftsländern, die mit Familien rund 4 Millionen der Wohnbevölkerung ausmachten, davon rund 1 Million aus der Türkei. Danach gab es eine leichte Abnahme wegen Zuzugsbeschränkungen.

Schon damals wurde zwischen den verschiedenen Ländern eine Art Hierarchie geschaffen, wobei die Menschen aus der Türkei und Marokko am meisten unter alltäglichem Nationalismus und Rassismus leiden mussten. Heute, nach über 50 Jahren, nachdem viele dieser Migrantinnen und Migranten auch die deutsche Staatsbürgerschaft haben, ihre Kinder und En-

kel hier geboren wurden, werden sie immer noch in einer gesonderten Kategorie geführt: „Menschen mit Migrationshintergrund“.

In den letzten Jahren ist jedoch vor allem eine verstärkte Zuwanderung aus Osteuropa, aber auch aus Asien und Afrika zu beobachten, ohne dass diese Arbeitskräfte – mit Ausnahme vielleicht von Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeitern – „angeworben“ worden sind. Angesichts zunehmender Erwerbslosigkeit und Verelendung in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sowie angesichts des ungeheuren Elends in den meisten industriell weniger entwickelten Ländern der Welt ist somit eine verstärkte „moderne Völkerwanderung“ im Gange.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern wurden vom deutschen Imperialismus schon immer besonders brutal ausgebeutet und unterdrückt, als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt. Sie sind gezwungen, in den Fabriken die schwersten und gefährlichsten Arbeiten zu verrichten und zumeist in den schlechtesten Wohnungen zu leben.

Die reaktionären „Ausländergesetze“ sind Sondergesetze für Menschen ohne deutschen Pass, sie machen die Werktätigen aus anderen Ländern ohne deutschen Pass politisch praktisch völlig rechtlos. Von den Wahlen der bürgerlichen Demokratie sind die Werktätigen und andere hier lebende Menschen ohne deutschen Pass ohnehin ausgeschlossen. Mehrere Millionen Menschen ohne deutschen Pass, ob sie jahrzehntelang oder erst seit einem Monat hier arbeiten, sind im Gegensatz zu Menschen mit deutschem Pass von Abschiebung oder Ausweisung bedroht, zum Beispiel wenn sie von den Staatsorganen als „Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ eingeschätzt werden, das heißt, wenn sie sich zum Beispiel im Kampf gegen den deutschen Imperialismus engagieren.

Werktätige Frauen aus anderen Herkunftsländern sind in dreifacher Hinsicht diskriminiert: als „Ausländerinnen“, als Arbeiterinnen und als Frauen. Sie erhalten oft nur eine an ihre Ehe gebundene Aufenthaltsgenehmigung, die sie im Falle einer Scheidung verlieren. In den Betrieben erhalten sie meist die am schlechtesten bezahlten Jobs, oft sogar ohne festen Arbeitsvertrag und ohne soziale Absicherung.

Besonders krass werden die Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter, die in den letzten Jahren vor allem aus Polen, Rumä-

nien, Bulgarien usw. kommen, vor allem in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, im Gastgewerbe und – zumeist Frauen – als Pflegekräfte und als Haushaltshilfen ausgebeutet. Unerträglich ist die Lage der Tausenden von illegal Beschäftigten, die keine Arbeitserlaubnis, keinerlei soziale Absicherung und keinerlei gewerkschaftliche Rechte haben. Auf dem künstlich geschaffenen illegalen Arbeitsmarkt machen sie die schwersten und dreckigsten Arbeiten zu den niedrigsten Löhnen, für die sie zudem überhaupt keine Garantien erhalten und deshalb oft genug um das ihnen zustehende Geld betrogen werden.

Deshalb ist es richtig, dass es eine besondere Aufgabe ist, dass die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter sich mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern, die in Deutschland arbeiten, solidarisch zusammenschließen und mit ihnen zusammen kämpfen müssen. Aber es muss zunehmend klar werden, dass (und das ist keinesfalls eine schlechte Sache) die „deutschen“ Arbeiterinnen und Arbeiter als Kategorie im Grunde schon lange nicht mehr existieren, dass insofern lediglich die schon seit Jahrzehnten in Deutschland Lebenden und Arbeitenden von den erst kurz hier Lebenden und Arbeitenden unterschieden werden können. Dabei müssen selbstverständlich alle Spaltungs- und Verhetzungsmanöver bekämpft werden, mit denen die „eigentlichen Deutschen“ oder auch die schon seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden und arbeitenden Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die erst kurz hier lebenden und arbeitenden Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern ausgespielt werden sollen. Dabei muss bewusst sein, dass die deutschen Imperialisten sehr wohl nach wie vor bei ihrer Spaltungspolitik auf diese oder jene wirklich oder vermeintlich existierenden Unterschiede zurückgreifen, um mit dem Begriff „Migrationshintergrund“ diejenigen zu diskriminieren und als „minderwertiger“ einzustufen, die keinen „reinen deutschen Stammbaum“ vorweisen können, sondern Eltern oder Großeltern aus anderen Herkunftsländern haben.

Jegliche „Sondergesetze“ wie das „Ausländergesetz“ sowie „Zuzugsregelungen“, „Einwanderungsgesetze“ usw. dienen dem deutschen Imperialismus dazu, die „eigene“ Bevölkerung mit dem Geist der Überheblichkeit und des deutschen Nationalismus anzustecken. Jede fortschrittliche Bewegung der proletarischen Klasse muss unbedingt für die gleichen Rechte aller in Deutschland lebenden und unterdrückten

Menschen, das heißt für die Abschaffung des „Ausländergesetzes“ und gegen jede Einwanderungsbeschränkung kämpfen, gegen jegliche Sondergesetze und gegen jede Beschränkung für Arbeiterinnen und Arbeiter ohne deutschen Pass.

Die kommunistischen Kräfte kämpfen gleichzeitig vor allem auch für die maximale internationalistische Unterstützung des Kampfs besonders der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Werktätigen aus anderen Ländern, die in Deutschland leben und arbeiten und vor allem als Revolutionäre für die Vorbereitung und Durchführung der Revolution in ihren Herkunftsländern kämpfen sowie für die maximale internationalistische Unterstützung des Kampfs der proletarischen Klasse und der anderen werktätigen und ausgebeuteten Massen in „ihren“ Ländern für „ihre“ Revolution, vor allem der Revolutionen in den vom deutschen Imperialismus abhängigen Ländern.

Kampf gegen das mörderische Programm des deutschen Staats gegen Geflüchtete

Schon bei der Einführung des Asylrechts durch die bürgerliche Französische Revolution vor 200 Jahren wurde ausdrücklich erklärt, dass das Asylrecht für die von den Tyrannen Verfolgten gilt, nicht aber für die Tyrannen und ihre Henkersknechte:

„Das französische Volk gewährt allen aus ihrem Vaterland wegen ihres Freiheitskampfes verbannten Fremden Asyl. Den Tyrannen dagegen wird es verweigert.“

Dieser Gesichtspunkt wurde auch aus gutem Grund nach 1945 gegen die flüchtigen Nazis und ihre Verbündeten in die UN-Charta aufgenommen. Dort heißt es in der UNO-Menschenrechtserklärung vom Dezember 1948, noch unter dem Eindruck der Anti-Hitler-Koalition, dass das Recht auf Asyl bei Verfolgung

„wegen Handlungen, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen, nicht in Anspruch genommen werden kann“. Im Gegensatz dazu ist das Asylrecht in der Bundesrepublik seit seiner Einführung 1945 eng verknüpft mit dem Schutz der deutschen Naziverbrecher und ihrer Gefolgsleute. Der entsprechende Artikel im Grundgesetz lautet:

„Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

Die BRD war seit ihrer Gründung durch den westdeutschen Imperialismus 1949

zum staatlichen Unterschlupf für Naziverbrecher auch aus anderen Ländern geworden, die dort zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Folteroffiziere aus Chile, Faschisten aus den Philippinen, Diktatoren, die von der Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung gestürzt wurden, versuchten und versuchen auch in Deutschland unter Berufung auf das „Asylrecht“ Unterschlupf zu finden und sich ihrer Bestrafung zu entziehen.

Die vor Imperialismus und Reaktion Geflüchteten hingegen werden mit einem in den letzten Jahren immer weiter perfektionierten mörderischen Programm konfrontiert.

Nach dem Militärputsch in Chile 1973 und dem Machtantritt der Militärs in der Türkei 1981, angesichts der Verfolgung der Kurdinnen und Kurden in der Türkei und den Verfolgungen im Iran, beantragten zahlreiche politische Aktivistinnen und Aktivisten aus diesen, aber auch aus anderen Ländern in Westdeutschland politisches Asyl. Die wenigsten haben es erhalten. Das Asylrecht wurde radikal eingeschränkt und es wurde zudem sorgfältig gesiebt und der deutsche Staat ging gegen linke, revolutionäre und kommunistische Kräfte mit Abschiebung und Terror vor.

Menschen, die heute ihre Herkunftsländer verlassen und nach Deutschland flüchten, um Asyl zu beantragen, tun dies aus unterschiedlichen Gründen.

Erstens gehören dazu diejenigen, die aufgrund demokratischer oder revolutionärer Tätigkeit in ihren Herkunftsländern verfolgt und bedroht werden.

Zweitens gehören diejenigen Flüchtlinge dazu, die wegen Diskriminierung und Verfolgung in ihren Herkunftsländern aufgrund ihrer Religion, ihrer Nationalität, ihrer Sexualität oder ihres Geschlechts sowie aufgrund rassistischer Verfolgung Asyl beantragen.

Drittens flüchten Menschen aus ihren Herkunftsländern, weil das imperialistische Weltsystem für die übergroße Mehrheit der Weltbevölkerung eine mörderische tagtägliche Realität erzeugt, die nicht nur von extremer Unterdrückung und immer brutalerer Ausbeutung gekennzeichnet ist, sondern vor allem auch von äußerstem Elend (weltweit leben nach offiziellen Schätzungen rund zwei Milliarden Menschen in extremem Elend), Dutzenden von Millionen Hungertoten pro Jahr und einer Milliarde unterernährte Menschen weltweit, imperialistischen Kriegen und Massakern in gigantischen Ausmaßen.

Gegen diese Geflüchteten setzt der deutsche Imperialismus heute ein mörderisches Programm ein, dessen Entwicklung schon direkt nach 1945 in Angriff genommen wurde.

Das verbrecherische Programm des deutschen Staates mit seinen oft mörderischen Konsequenzen für Abertausende von Geflüchteten besteht in der Kombination von drei miteinander zusammenhängenden und aufeinander abgestimmten Maßnahmen des staatlichen Terrors und wird begleitet durch den tagtäglichen Naziterror gegen Flüchtlinge.

Diese Maßnahmen sind: mörderischer Terror an den Grenzen zur Abschottung Deutschlands, staatlicher Abschiebeterror, Polizeiterror und unerträgliche Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland. Der deutsche Imperialismus und sein Staat spielen in Europa eine Vorreiterrolle in Sachen „Flüchtlingsbekämpfung“.

Seit Jahren hat sich gegen dieses mörderische Programm eine landesweite Refugee-Bewegung entwickelt, die mit Hungerstreiks und Widerstandsaktionen einen Kampf gegen Abschiebungen führt, der von antirassistischen Gruppen und Initiativen unterstützt wird. Die kämpfenden Refugees haben durch ihr Beispiel andere Geflüchtete, die noch in Angst und Furcht in den Lagern leben, zum Widerstand ermutigt und aufgefordert, sich ihnen anzuschließen.

Innerhalb der Bewegung gegen den Polizei- und Abschiebeterror spielen jedoch die Führung und Funktionärsriege diverser reformistischer Organisationen eine Art Sozialarbeiterrolle. Der Einfluss solcher abwieglerischen Kräfte innerhalb der Bewegung ist groß und darf nicht unterschätzt werden. Ihre Funktion lässt sich am besten erkennen, wenn die Kämpfe der Geflüchteten sich radikalieren, wie dies etwa 2012/2013 der Fall war.

Noch schwerer ist die Lage für jene Menschen, die gezwungen sind, illegal in Deutschland zu leben, denn sie sind permanent der Gefahr von polizeilichen Kontrollen, von Denunziation, Internierung und umgehender Abschiebung ausgesetzt. In einer solchen menschenunwürdigen Situation ist es nicht verwunderlich, wenn Flüchtlinge in den Tod getrieben werden.

Die kommunistischen Kräfte kämpfen gegen jegliche Einwanderungsbeschränkungen, gegen die mörderische staatliche Abschottungspolitik und den Polizeiterror an den Grenzen, sie kämpfen gegen den staatlichen Abschiebeterror und für das uneingeschränkte Recht auf politisches

Asyl für alle von Imperialismus und Reaktion Verfolgten und Unterdrückten, für das uneingeschränkte Recht auf Freizügigkeit, für den internationalistischen Zusammenschluss der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter mit den ausgebeuteten und unterdrückten Massen aus anderen Ländern, die in Deutschland leben und arbeiten, mit den von Imperialismus und Reaktion Verfolgten zum gemeinsamen Kampf gegen den deutschen Imperialismus.

Die „moderne Völkerwanderung“ ist die unvermeidliche Folge der imperialistischen Ausplünderung und Unterdrückung der Masse der Bevölkerung in den abhängigen Ländern, der imperialistischen Kriege und Massenmorde.

An der Haltung zur Flucht von Millionen Menschen nach Europa und nach Deutschland werden sich die Geister scheiden. Die „moderne Völkerwanderung“ mit all ihren fürchterlichen Begleiterscheinungen für die Fliehenden ermöglicht und erleichtert, wenn diese Frage richtig angepackt wird, den Zusammenschluss der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, knüpft Beziehungen in alle Länder und kann den Klassenkampf in jedem Land stärken und befruchten.

Die Feindschaft gegen Muslime bekämpfen

Die Feindschaft gegen muslimische Menschen beziehungsweise gegen die islamische Kultur und gegen die islamische Religion hat in Deutschland eine lange reaktionäre Tradition, über die aufgeklärt werden muss.

Neben der jüdischen Religion und der jüdischen Bevölkerung wurden schon zu Beginn des Mittelalters der Islam und seine Anhänger zum Feind des Christentums erklärt. Während der sieben zwischen 1096 und 1291 durchgeführten Plünderungs- und Mordzüge, den sogenannten Kreuzzügen, wurden Hunderttausende der muslimischen Bevölkerung, Männer, Frauen und Kinder im damaligen Palästina (und große Teile der jüdischen Bevölkerung Europas und Palästinas) ermordet.

Auch Martin Luther führte die christliche Tradition der Muslimfeindschaft fort. Er forderte, anknüpfend an die „Kreuzzüge“, einen „heiligen christlichen Krieg“ gegen die Muslime.

Am Ende des 19. Jahrhunderts entstanden christlich kolonialistische Hetzbilder gegen den Islam und die Muslime auch in Deutschland.

In dieser Situation war es August Bebel, der gut verstanden hatte, dass die ganze christlich-abendländische Hetze gegen den Islam nur reaktionären Zwecken dient. Bebel stellte ohne Zugeständnisse an das Phänomen Religion im Allgemeinen sehr nachdrücklich auch die Bewahrung und Weiterentwicklung von kulturellen Errungenschaften und weltweiter Wissenschaft durch die islamische Kultur heraus – im Unterschied zur Wissenschaftsfeindlichkeit in der christlichen Kirchengeschichte.

Die Tatsache, dass die kommunistischen Kräfte bei aller sorgfältig überlegten Kritik an der Religion gleichzeitig für die Religionsfreiheit, für die vollständige Trennung von Staat und Kirche in allen Aspekten und Lebensbereichen, für die Religion als Privatsache gegenüber dem Staat eintreten und kämpfen, erfordert genaue Analysen und die unerschütterliche vorrangige Solidarität mit den wegen ihrer Religion bedrohten, verfolgten und unterdrückten Menschen. Im Kampf für die Religionsfreiheit und auch für das Recht auf das Kopftuchtragen geht es ähnlich wie beim Recht auf Beschneidung nicht darum, wie mit Penetranz unterstellt wird, dass kommunistische Kräfte für das Kopftuch oder für die Beschneidung sind: Sie kämpfen für das Recht auf Kopftuch und Beschneidung gegen christlich-deutsche Arroganz!

In den letzten Jahren hat eine fürchterliche Hetze gegen die islamische Kultur und die islamische Religion vom christlich-abendländischen Standpunkt aus, oftmals verkleidet als Religionskritik, nicht nur zur Beschimpfung und Diskriminierung von Muslimen, sondern auch zu Anschlügen auf Moscheen und zu antiislamischen Überfällen geführt.

Auf der Grundlage dieser massenhaften Feindschaft gegenüber Muslimen entfaltet die muslimfeindliche Ideologie in den Köpfen der breiten Massen der deutschen Bevölkerung ihre Wirkung. Laut bürgerlichen Umfragen halten über 50 Prozent der deutschen Bevölkerung den Islam für eine „archaische Religion, unfähig, sich an die Gegenwart anzupassen“. Jeder dritte Deutsche ist demnach dafür, dass muslimischen Menschen die Zuwanderung nach Deutschland verboten werden sollte.

Die kommunistischen Kräfte kämpfen Seite an Seite mit den von Muslimfeindschaft bedrohten und diskriminierten Menschen gegen alle Varianten der Muslimfeindschaft.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

- **Gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus**
- **Gegen die staatliche Faschisierung, die Nazi-Bewegung und ihre Helfer**
- **Gegen deutschen Nationalismus, Rassismus und Sexismus**
- **Gegen Ausbeutung und Antikommunismus**
- **Internationalistisch kämpfen
Solidarität mit den Refugees**

**Und nicht vergessen:
Vor allem die sozialistische Revolution
systematisch vorbereiten und für den
Kommunismus kämpfen**

GEGEN DIE STRÖMUNG ankämpfen ist ein Prinzip des wissenschaftlichen Kommunismus

